

Inhalt dieser Ausgabe

Das offene Antifa- Café [im Infoladen]



Jeden 1. Dienstag im Monat, 16 bis 19 Uhr

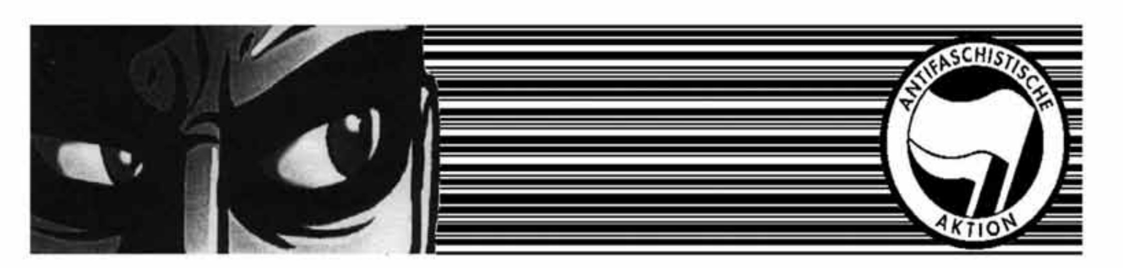
Du hast keinen Bock auf Nazis oder wirst sogar von ihnen bedroht? Suchst du Leute, mit denen du Veranstaltungen / Demos besuchen kannst? Du kannst nicht akzeptieren, dass Krieg zur unhinterfragten Normalität geworden ist? Du willst nicht tatenlos zusehen wie Menschen aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert, ausgegrenzt und abgeschoben werden? Du hast die Schnauze voll von ständiger Konkurrenz und Leistungsdruck in der Schule oder auf der Arbeit? Willst du dich politisch engagieren?

Alleine kannst du dagegen wenig unternehmen - aber organisiert – gemeinsam mit anderen - sieht es schon anders aus!

Es geht darum, in einem selbstorganisierten, eigenverantwortlichen Rahmen Diskussionsmöglichkeiten unter Gleichaltrigen zu eröffnen, in denen unterschiedliche Vorkenntnisse und Erfahrungen berücksichtigt werden.

Dabei soll natürlich auch der Spaß nicht zu kurz kommen. Wir wollen die Nachmittage entspannt (Musik, Getränke, Filme, was ihr möchtet) gestalten. Bei den regelmäßigen Treffen finden auch verschiedene Workshops zu unterschiedlichen Themen statt.

Komm zum offenen Antifa- Café in den Infoladen!



Zum Gedenken an John Williams

Anfang April gedachten einige AntifaschistInnen dem am 4.4.04 verstorbenen Flüchtling John Williams. An seinem "Grab" auf, dem Friedhof in Klein Wanzleben (bei Magdeburg), wurde ein Blumengesteck niedergelegt. Hier nun ein Beitrag zu seiner Geschichte und der deutschen Flüchtlingspolitik.

Das Schweigen im fünften Jahr

Das „Ausreisezentrum" des Landes Sachsen Anhalt in Halberstadt

„Das Schlimmste ist, und es tut uns leid dies sagen zu müssen, aber das
Schlimmste ist, dass wir als Menschen im 21. Jahrhundert mit Methoden des Jahrhunderts der Lager zum Verraten unserer selbst gezwungen werden sollen. Bilder der vollen Flüchtlings-und Gefangenenlager sind immer sehr eindrucksvoll, wenn sie aus der Ferne kommen.

Wir leben hier in Halberstadt in einem Ausreiselager ...von Ausländerbehörden nach einem uns nicht erkennbaren Schlüssel ausgewählt und eingewiesen, unter anderem deshalb, weil wir "gewaltlos sind, sozial verträglich" wie es im Amtsdeutsch heißt -Halberstadt zumutbar.

Wir wollen als Menschen die Sehnsucht nach Freiheit nicht nur in den Köpfen haben sondern leben."

Menschen aus dem Lager

Europa wird immer mehr zu einer Festung, deren Mauern für Asylsuchende kaum überwindbar sind. Schafft mensch es trotz aller Schwierigkeiten nach Deutschland zugelangen beginnt hier oft ein jahrelanges Martyrium von Verhören, Unterbringung in meist baufälligen Unterkünften und völliger Unsicherheit über die weitere Zukunft.

Nur 2% der 2007 gestellten Asylanträge wurden genehmigt. Im Jahre 2006 erreichten nur 718 Flüchtlinge das Land Sachsen-Anhalt. Von Ihnen erhielten 8 Menschen das Recht auf Asyl. 200 Menschen erhielten eine Duldung, weil sie nicht sofort in hier Herkunftsland abgeschoben werden konnten.

Seit sechs Jahren leben Menschen unter uns deren Leben darin besteht, ein Bett zum Schlafen zu haben, Bekleidung aus der Kleiderkammer, Essen so viel - das sie nicht verhungern, eine medizinische Versorgung die ausschließlich verhindern soll, das sie sterben. Die Stadt Halberstadt dürfen sie nicht verlassen. Seit sechs Jahren erhalten diese Menschen nicht ein Cent Geld, dürfen sich auch durch Arbeit keins verdienen, selbst Briefumschläge, Briefmarken und Telefongespräche werden diesen Menschen verweigert.



Menschen ohne Papiere ohne gültigen Ausweis. Der Vorwurf der Ausländerbehörden lautet, dass diese Menschen ihre Identität verschleiern würden.

Durch das Innenministerium von Sachsen-Anhalt wurde im Januar 2002 eine so

genannte „Zentrale Ausreiseeinrichtung", in der offiziellen Terminologie der Behörden auch mit GU -ZASt (Gemeinschaftsunterkunft - Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber) bezeichnet, in Halberstadt eingerichtet.



Die Zielstellung bestehe darin, durch eine „intensive soziale Betreuung" die „Mitwirkungspflicht bei der Passersatzbeschaffung" durch die Flüchtlinge zu erreichen.

Das Abschiebelager befindet sich ca. 7km weit außerhalb von Halberstadt. Gemeinsam mit der ZASt ist es in einer ehemaligen Kaserne der NVA untergebracht. Die Mehrbettzimmer, in denen die Flüchtlinge leben müssen, wurden seit 1989 nur notdürftig renoviert.

Die Maßnahmen der „intensiven sozialen Betreuung" sehen beispielsweise so aus, dass die Residenzpflicht strikt auf die Stadt Halberstadt begrenzt wird. In der Verschärfung des Erlasses zur Ausreiseeinrichtung wurde besonders verfügt, dass Urlaubsanträge „sehr restriktiv zu handhaben seien." Urlaubsanträge haben nichts mit Urlaub zu tun sondern sind Anträge der Flüchtlinge die Stadt Halberstadt zu verlassen, um z.B. Bekannte in einer anderen Stadt besuchen zu dürfen.
Die Duldung – das ist die Aufenthaltserlaubnis -müssen sich die Flüchtlinge wöchentlich, teilweise sogar im Tagesrhythmus durch die Ausländerbehörde verlängern lassen.
Die medizinische Versorgung wird nur für das Allernotwendigste gewährt.
Es gibt keinen Arzt/Ärztin im Lager, sondern nur eine Krankenschwester, von der sich die Flüchtlinge begutachten lassen müssen, um über einen sehr bürokratischen Weg einen Krankenschein – das ist auch kein „normaler" Krankenschein sondern die Berechtigung sich von einem/r Arzt/in behandeln zu lassen - erlangen. Dann müssen sie sich auf einem ca. 7 km langen Fußmarsch begeben, um endlich vom zuständigen Arzt behandelt zu werden.
Viele Flüchtlinge im Lager sind krank. Neben physischen Leiden stehen vor allem die psychischen im Vordergrund, wie Schlafstörungen, Angst und Depressionen.

John Williams, der zwei Jahre im Ausreiselager lebte, verstarb am 4.April 2004. Bis heute ist die Frage, welche Auswirkungen die Lebensbedingungen vor Ort auf seinen Krankheitsverlauf hatten, nicht vollständig geklärt.

John Williams kam aus dem Sudan in die BRD um einen Asylantrag zu stellen. Die Ausländerbehörde jedoch behauptete das John Williams aus einem anderen Land käme. Die Ursache ist eindeutig. Käme er aus dem Sudan hätte er auch einen Anspruch auf Asyl gehabt. Der Asylantrag wurde abgelehnt und John Williams wurde durch einen Bescheid des Landkreis Anhalt- Zerbst 19.03.2002 in das Abschiebelager Halberstadt eingewiesen.
Die Behörde führte aus: "Vor diesem Hintergrund ergibt sich nunmehr die Notwendigkeit intensiver zielgerichteter behördlicher Maßnahmen zur Beschaffung des für Ihre Ausreise erforderlichen Heimdokuments. Dafür bietet die landeseigene Einrichtung der GU- ZAST die notwendigen Voraussetzungen. Dies erfordert Ihre Verpflichtung, in der dortigen Unterkunft

Wohnung zu nehmen, um für die künftigen Maßnahmen jederzeit zur Verfügung zu stehen. Zur Verwirklichung dieses aufenthaltsrechtlichen Zwecks dient auch die auf den Bezirk der Ausländerbehörde Halberstadt bezogene räumliche Beschränkung der Duldung. Sie soll als flankierende Regelung die Durchsetzung und Beschleunigung der vorgesehenen Maßnahmen gewährleisten. Sie ist nicht unverhältnismäßig, da sie sich als geeignetes Instrumentarium erkennbar gegen Ihr missbräuchliches Verhalten richtet. ... Denn die in der GU- ZAST durchzuführenden Maßnahmen zur Passbeschaffung, die keinen weiteren Aufschub dulden, bedingen insbesondere den Einsatz entsprechender persönlicher und sächlicher Mittel, die nur vor Ort in quantitativer und qualitativer Ausgestaltung vorhanden sind."(Rechtsanwalt Breuer)

Die Maßnahmen die in der Abschiebeeinrichtung zur Feststellung der Identität durchgeführt werden bestehen u. a. darin, die Menschen die dort leben ständigen Verhören zu unterziehen. Auf der Grundlage von Sprachgutachten solle die Identität geklärt werden. Hinzu kommen regelmäßige Vorführungen vor den Botschaften der jeweiligen Länder. John Williams wurde der sudanesischen Botschaft vorgeführt, also der Botschaft des Landes aus der er nach eigenen Angaben geflohen war. Die Botschaft behauptete John Williams würde nicht aus dem Sudan kommen. Die Situation in der sich die Flüchtlinge befinden ist eindeutig. Egal was sie zu ihrer Verteidigung sagen - alles ist Lüge. Die Definitionsmacht über Identität liegt ausschließlich bei den Ausländerbehörden und Botschaften.

“Gegen Herrn Williams wurde ein Strafverfahren eingeleitet, weil er als Nationalität Sudan angegeben hatte und somit eine mittelbare Falschbeurkundung begangen habe. Es erging gegen ihn ein Strafbefehl über 40 Tagessätze a 5,00 EURO. Herr Williams hat diese Strafe durch gemeinnützige Arbeit im Zeitraum 20.08.- 14.10.2003 bei dem "Plansch" e. V. in Halberstadt abgeleistet. Im April 2003 fand nochmals eine Botschaftsvorführung bei der nigerianischen Botschaft statt, und zwar erneut erfolglos.“(Rechtsanwalt Breuer)

Im Frühjahr 2004 erkundigte sich der Rechtsanwalt von John Williams nach dem Verbleib seines Mandanten, der sich längere Zeit nicht gemeldet hatte. Erst nach mehrmaligen Nachfragen wurde dem Rechtsanwalt mitgeteilt, dass John Williams am 4.04.2004 verstorben sei.
Im Januar 2003 hatte John Williams beantragt medizinisch untersucht zu werden.
Dies wurde in Schreiben des Landkreises Anhalt- Zerbst abgelehnt. (Rechtsanwalt Breuer)

Der Verlauf der Krankheit



Die ersten Anzeichen der Krankheit wurden von Mitbewohnern auf den August 2002 datiert. Das Gedächtnis, seine Fähigkeit zu Schreiben und seine Sehkraft haben immer mehr nachgelassen. Alles Hinweise auf eine ernst zu nehmende Erkrankung. Dennoch muteten die Behörden ihm zu, eine Arbeitsstrafe in Halberstadt abzuleisten, wofür er täglich mit dem Fahrrad die 7 km lange Strecke im Winter hinter sich bringen musste.
Insgesamt wird John Williams als ein sehr ruhiger, freundlicher, älterer Mann beschrieben, der für die anderen Bewohner eine Art Vaterfigur darstellte. Sein körperlicher Verfall führte zu großer Sorge bei

seinen Freunden. So haben diese, ihn aufgrund der Tatsache, dass er am Ende nahezu blind war, auch nachts zu Toilette begleiten müssen.
Laut Berichten, wurde eine Einweisung von Herrn Williams ins Krankenhaus vom zuständigen Sozialamt abgelehnt. Dies ist umso glaubhafter, als dass das Sozialamt später versuchte, Herrn Williams von der Intensivstation des Krankenhauses Halle/Dölau zu entfernen, was nur durch ärztlichen Widerstand verhindert werden konnte. Dies zeigt welche verheerenden Auswirkungen die Leistungseinschränkung auf das unabweisbar Gebotene für die Betroffenen haben.
Im Dezember 2003 verschlechterte sich sein Zustand so immens, dass Mitbewohner, unabhängig von der Sozialstation, die Ambulanz informierten. Nach einem einwöchigen Aufenthalt in dem Krankenhaus in Halberstadt wurde Herr Williams dann wieder in das Ausreiselager zurück verlegt.
Nach einigen Tagen- Frühjahr 2004 - suchte Herr Williams das Gesundheitsamt in der ZASt Halberstadt auf und wurde wieder ins Krankenhaus überwiesen. Nach Aufenthalten in unterschiedlichen Krankenhäusern, erreichte er das Krankenhaus Halle/Dölau im Koma. (Initiative zur Schließung des Abschiebelagers)



John Williams wurde stillschweigend – ohne den Versuch zu unternehmen seine Verwandten und FreundInnen zu informieren - in Kleinwanzleben bei Magdeburg auf der Urnengemeinschaftsanlage - der so genannten Grünen Wiese - anonym bestattet.

Die Zielstellung des Lagers ist eindeutig. Die Flüchtlinge sollen solange sanktioniert werden, bis sie eine Identität annehmen, die sie abschiebefähig macht. Die Maßnahme ist nämlich im Gegensatz zur Abschiebehaft zeitlich unbefristet und unterliegt keiner „demokratischen" Kontrolle. Bezeichnend ist deshalb die Aussage des Innenministers von Sachsen-Anhalt, der am 18.01.04 stolz verlauten ließ, dass bereits „...bis zum Stichtag 52 Personen freiwillig ausgereist bzw. untergetaucht" sei. Über 50 % der eingewiesenen Flüchtlinge haben inzwischen ein Leben in der Illegalität begonnen, und das ist offensichtlich auch, durch das Innenministerium, so gewollt. Sowohl die linke als auch bürgerliche Öffentlichkeit schweigt ohne sich mit den Menschen aus den Abschiebelager zu solidarisieren. In Halberstadt sind diese Menschen isoliert. Widerstand leisten die Flüchtlinge selbst sowie einige wenige UnterstützerInnen wie die Karawane aus Halle oder die Initiative für die Schließung des Abschiebelagers.

Für die Schließung aller Abschiebelager!
Gegen rassistische Flüchtlingspolitik!
Hoch die internationale Solidarität!



Solidarität mit Lukas, Steffi und Sven!

Am 27.Juni des letzten Jahres befanden sich Steffi, Lukas und Sven (alle zwischen 17 und 19 Jahre alt) in einem unbewohnten Haus in der Westendstraße in München.
Ein Großteil der Häuser in dieser Straße steht schon längere Zeit leer und einige von ihnen wurden über Wochen hinweg von Punks und anderen als Treffpunkt genutzt.
Seit dem 27. Juni 07 sitzen sie im Knast, wurden dann Ende Januar 08 alle drei zu fünf bzw. fünfeinhalb Jahren wegen versuchten Totschlags aufgrund von Steinwürfen verurteilt.

In den Abendstunden des 27.06.2007 stürmte eine 60-köpfige Einheit des USK (Unterstützungskommando – Spezialkräften der bayerischen Polizei) ohne Vorwarnung das Haus. Die Sozialarbeiter_innen, welche regelmäßig dort verkehrten um Kontakt zu den Punks aufzubauen, wurden gezwungen (und ließen sich zwingen) nichts von dem geplanten Überfall zu erzählen. Die drei verteidigten ihr Haus indem sie Steine, welche vorher im Haus verteilt wurden, um bei einer örtlichen Räumung das Haus nicht verteidigungslos aufgeben zu müssen, auf die behelmten und gepanzerten Polizeikräfte. Ein Polizist musste danach aufgrund eines angebrochenen Wirbels ärztlich behandelt werden. Ein Gutachten stellte fest, dass die Verletzung allerdings nicht von Steinwürfen, sondern durch einen Sprung über eine Mauer verursacht worden war.
Die Staatsanwaltschaft wertete die Steinwürfe nicht als Landfriedensbruch und Körperverletzung, wie sonst üblich, sondern als versuchten Totschlag.
Nach der Demo gegen den G8-Gipfel am 2.Juni 07 in Rostock wurden Stimmen laut, welche dies immer lauter forderten. Dort kam es zu massiven Angriffen mit Steinwürfen der Protestierenden auf die Einsatzkräfte, welche die Demo angriffen. Mit dem Münchner Urteil sollte ein Präzedenzfall geschaffen werden, welcher weit reichende Auswirkungen auf uns haben wird. Für Sven, Lukas und Steffi hat es diese Auswirkung jetzt und ganz konkret.

Schreibt den Gefangenen!
- Stephanie Träger c/o JVA, Am Neudeck 10, 81514 München
- Sven Maurer c/o JVA Stadelheimerstr. 12, 81549 München
- Lukas Winkler c/o JVA Marktplatz 1, 96157 Ebrach

hausbesetzerinnensoli.blogsport.de/



ERIC
EIN VIERTELJAHRHUNDERT HAMBURG

Hamburg ist eine so schöne Stadt: Eltern schmeißen ihre Babys vom Hochhaus, Selbstmord und Amoklauf werden zum postmodernen Lebensentwurf, oder man macht drei Jobs und sammelt Flaschen, um seine Miete zu bezahlen. In den letzten 25 Jahren hat sich die einst blühende Hafenstadt drastisch verändert. Woran misst sich hier heute Erfolg, und wo beginnt der Abstieg? Gesellschaftliche Anerkennung bleibt dabei so existenziell wie uncool. Die Stärke von illegalem Graffiti lag schon immer darin, dass es sich jenseits von dieser Bestätigung entwickelte und seinen Weg bahnte. Viele der nach Hamburg Zugezogenen kamen letztendlich gerade in die Hafenstadt, weil sie lange Zeit für alternative Lebensentwürfe stand: Bauwagenplätze, besetzte Häuser, Kunst und Kultur jenseits des Mainstream. Ein Teil der Einwohner übte sich regelmäßig in Protestkultur und ließ sich nicht auf ein hilfloses Konsumentendasein reduzieren. Die Kunst der Tricks und Listen im alltäglichen Umgang mit Stadt wurden hier einst zelebriert. Und auch Graffiti gehört zu diesen Strategien. ERIC war einer der ersten Writer in Hamburg, und so reflektiert seine Person auch 23 Jahre Graffiti-Geschichte und Hansestadt-Historie. Seine sehr eigene Auffassung von Graffiti, die weit über den klassischen NY-Style hinausgeht, spiegelte sich stets in seinen Bildern und Worten wider.

Ich finde diese Welt grausam", sagt ERIC geradeheraus. Trotzdem versucht er, in einen Einklang mit „dieser immer verrückter werdenden Welt" zu kommen und das Beste aus jedem Tag zu machen. Was ihm mal besser, mal weniger gut gelingt. Ohne Familienrückhalt, mit einem Hauptschulabschluss und einer respektablen Plattensammlung versucht er sich sein Stück Freiheit zu erhalten. Dabei spielt Graffiti eine wichtige Rolle, denn Graffiti bedeutet für ihn Freiheit: „Das zu präsentieren, was ich will und wo ich will, Graffiti ist ein wahnsinniges Medium. Das, was die Hip-Hop-Szene als Graffiti bezeichnet, ging in Amerika in den Sechzigern los, aber für mich fängt Graffiti schon viel früher an. Politische Parolen gehören auch dazu. Das Thema ist weit. Wenn man sich Zirkusmalereien aus dem 19. Jahrhundert ansieht, merkt man, dass fast alles im Prinzip schon da war. Manchmal denke ich, wir sind die Höhlenmaler der Endzeit", so ERIC.

Zunächst sprühte ERIC hauptsächlich Schriftzüge und Schablonengraffiti und fing erst nach einigen Jahren, durch den Kontakt zu anderen Malern, damit an, seinen Namen zu schreiben. Und auch dabei hatte er seine ganz eigene Herangehensweise, obwohl er wie viele durch Fernsehdokumentationen über NY-Graffiti Anfang der achtziger Jahre zum Malen kam, musste er nie nur das malen und vor allem nicht stundenlang: „Irgendwann ist das Bild fertig, und dann ist es, wie es ist. Das nächste Bild wird dann wieder anders. Ich habe in den Achtzigern zwar auch Züge gemalt, habe aber in dieser Zeit Wände bevorzugt. Meine Motivation war eher, dass das Bild möglichst lange dableibt. Illegales Graffiti muss schon plakativ sein", konkretisiert der Oldschooler seine Einstellung.

Fraglos ist ERIC einer der respektiertesten Maler in Hamburg, aber Andersartigkeit provoziert auch immer eine gewisse Ablehnung, besonders bei jenen, die seine Bilder außerhalb ihres Gesamtkontexts bewerten, was ERIC durchaus bewusst ist: „Mir weht immer dieser Hauch hinterher, ich könnte ja gar nicht malen. Deshalb hatte ich schon ab und an den Gedanken, mal ein Bild zu malen, wofür mir 90 Prozent der Maler auf die Schulter klopfen würden, aber mein Denken ist eben nicht so, weshalb ich das auch nicht machen muss. Ich bin so oder so ein Aspekt der Graffiti-Szene, und da male ich, wie ich Bock habe. Das ist ja gerade die Freiheit von Graffiti. Einfach an die Wand gehen, ohne dir vorher Gedanken zu machen. Das finde ich besser, als zu versuchen, wie dieser oder jener zu malen, um dadurch diese oder jene Reaktion zu bekommen".

Oft geht es ERIC beim Graffiti um Inhalte, wo es besonders wichtig ist, dass die Farbe möglichst schnell auf die Wand kommt, denn bei politisch motiviertem Graffiti ist das Maß der Strafverfolgung ein anderes. Auch deshalb geht ERIC lieber alleine los und bestimmt selbst, wann er loslegt und aufhören muss, aber eben auch, weil seine Definition von Graffiti eine andere ist: „Es ist schade, dass sich viele leider nur darauf reduzieren, „ich" zu malen, aber das musste ich akzeptieren. Ich nehme mich als denkenden Menschen wahr, und deshalb ist die Übersetzung ins Visuelle bei mir eine andere. Ich übersetzte auch meine Meinung an die Wand. Das ist ein Teil von mir und zeigt, wie ich ticke. Bei einem Bild wie ‚Scheiß Politiker Bestechliche' würden wieder viele sagen, das hat keinen Style. Aber für mich ist das stylisch und hat seinen ganz eigenen Flow."

Viele seiner Bilder haben einen erfrischenden Punk-Rock-Faktor, was zum einen sicherlich an seiner speziellen Auffassung von Graffiti liegt, aber auch an der Musik, die ihn in den Anfängen seiner Graffiti-Zeit begleitete: „Wie viele zu der Zeit habe ich Heavy Metal, Rock oder auch Punk gehört, aber habe mir 1983 ebenso den ‚Wild Style'-Sampler geholt oder Kurtis-Blow- und Funk-Platten. Ich hatte immer eine sehr gemischte Plattensammlung, aber der größte Anteil ist heute Rap. Denn die Anbindungen der Maler untereinander entstanden natürlich auch durch die Partys und Musik."

So hat ERIC dann auch lieber Partys, Konzerte oder Writer-Corners organisiert, statt mit einer Crew oder Kollegen malen zu gehen, denn dafür muss dann schon alles stimmen: „Jemanden dabeizuhaben, ist ein Luxus, und Graffiti ist ja ohnehin sehr kommunikativ, das gehörte schon immer dazu, so wie das Reisen oder auch die negativen Seiten. Ich muss nicht um jeden Preis malen. Wenn es sich nicht ergibt, dann eben nicht. Ich hab dann lieber Veranstaltungen organisiert und so die geselligen Aspekte genossen", erläutert er die Zusammenhänge. So war ERIC damals auch viel auf Jams: „Was Storm eindrucksvoll in seinem Buch beschrieben hat, ich war auf fast jeder dieser Jams und auch viel in der Schweiz."

Obwohl ERIC beobachtet, dass die Maler heute versuchen, möglichst gut und perfektionistisch zu sprühen, scheint sich der inhaltliche Ausdruck von Graffiti parallel dazu rückläufig zu entwickeln und abzuflachen, aber er räumt ein, dass dies auch seine gute Seite hat: „Ich bin froh, dass die Rechten das Medium für sich noch nicht wirklich entdeckt haben." Man könnte sagen, ERIC tendiert zu Extremen. So bewegte er sich in seiner Anfangszeit als Maler eher in einem Umfeld mit Rechtseinschlag: „Da gab es schon auch mal die Anfrage, ob ich nicht ‚Bramfeld Hooligans' an die Wand sprühen könnte, aber zum Glück hab ich sowas nie gemacht. Aber dort, wo sich Graffiti zunächst verbreitet hatte, in der Unterschicht und Arbeiterklasse, war Gewalt auch ein alltäglicheres Phänomen, in der Familie wie auch im Freundeskreis. Damit musste ich mich zwangsweise viel auseinandersetzen. Später habe ich mich dann in linksradikalen Strukturen bewegt. Was dann das andere Extrem war."

Obwohl das ein Umdenken in Bezug auf gewalttätiges Verhalten zur Folge hatte, waren auch diese linken Strukturen selbst von Gewalt eingenom- ➡

Weshalb sich ERIC nicht immer von seiner friedlichsten Seite gezeigt hat: „Daran merkte ich, dass auch in mir ein gewisses Gewaltpotenzial vorhanden ist. Man kann deshalb sagen, dass ich mich schon mein ganzes Leben mit dem Thema Gewalt von verschiedenen Seiten auseinandergesetzt habe“, analysiert ERIC gekonnt seine Vergangenheit.



Nachdem er sich vom Wohnen in linken Strukturen verabschiedet hatte, musste er lange ein neues Zuhause suchen, das akzeptabel und bezahlbar war. Dieses ewig scheinende Bewerben für die eigenen vier Wände ist in Hamburg heute Standard und hängt mit Umstrukturierungsprozessen zusammen. 1980 gab es in Hamburg lediglich zwei Stadtteile, die man als soziale Brennpunkte bezeichnete, neun Jahre später waren es bereits vierzehn. Die Zahl der wohlhabenden Stadtteile blieb bei zehn, wobei das durchschnittliche Einkommen dort zunächst doppelt so hoch war und 1989 in den Top 5 dreizehnmal so hoch. Hinter dem Konzept „Metropole Hamburg – wachsende Stadt“ verbirgt sich der Wunsch nach Bevölkerungswachstum durch „High Potentials“, die Steuergelder mitbringen, denn die Hansestadt ist seit Jahrzehnten nicht mehr gewachsen. Eine der Ursachen sind auch die hohen Miet- und Grundstückspreise. Deshalb sollen Eigentumswohnungen und Eigenheime in kinderfreundlicher Umgebung gefördert werden. Das Mietwohnungsbauprogramm ist dagegen zusammengestrichen, die Sanierungsmaßnahmen sind halbiert worden. Parallel soll die Attraktivität und internationale Bekanntheit der Stadt durch Prestigeprojekte wie das der Elbphilharmonie steigen, die 186 Millionen Euro kosten wird, wovon die Stadt 77 Millionen übernimmt.

ERIC hat schließlich eine schöne Wohnung gefunden, aber sie liegt am Rande der Stadt in einem Hochhauskomplex, wo hauptsächlich Familien stranden, die sich die wirklich attraktiven Stadtteile nicht leisten können. Hier sucht man trotz des mediokren Ghettoflavours vergeblich nach Tags oder Throwups. Optisch schon fast ein Flashback in die Anfangszeiten, nur dass die politischen Parolen und die Verfassungsbekundungen weniger geworden sind.

ERIC beschreibt, wie dezent Hamburg damals geschminkt war: „Es gab schon ein paar Leute, die richtiges NY-Style-Graffiti gemacht haben. Aber das fiel nur denen auf, die einen Blick dafür hatten. 1983/84 gab es auch schon ein paar Bilder an der Line, aber auf Zügen gab es zu der Zeit kaum etwas. Später konnte man vermehrt Namen wie Mr. W, JUICE, WHO, TMC, JASE, SKENA, ZACK, TDS, MIRO (HESH), die GKs, ACKs sehen. Und Sprü-

che oder Polit-Graffitis sowie Gang-orientierte Pieces – diese Maler schrieben zwar ihre eigenen Namen, aber als Reviermarkierung", berichtet ERIC. Hamburg hatte dann in den neunziger Jahren diesbezüglich seine heiße Phase. Graffiti wurde immer populärer und die Szene zunehmend gemischter, was ERIC auch positiv bewertet: „Das Austesten sollte schon auf möglichst vielen gesellschaftlichen Ebenen stattfinden. Was die Leute im Endeffekt damit dann machen oder dabei mitnehmen, ist eine andere Frage. Aber es führte dazu, dass es in den neunziger Jahren unglaublich viel Graffiti in Hamburg gab. Ich musste mir deshalb eine Filmkamera besorgen, um es irgendwie festzuhalten. Gruppen oder Personen wie DSF, BIA, COS, DAIM, CANDE oder auch OZ sind aus Hamburg nicht wegzudenken. In den Neunzigern gab es so viele, die gut gemalt haben – man musste sich nur an den Hauptbahnhof stellen und filmen", veranschaulicht ERIC diese üppigen Jahre.





ERIC ist überhaupt einer der wenigen der den Output von Leuten wie OZ dokumentiert hat: „Der hat zigtausendmal mehr gemalt als viele, viele andere. Und man hat auch einfach gesehen, dass er sich an der Wand entwickelte. Er malte bewusst an krassen Orten, einfach um zu zeigen, dass es dort möglich war. Er hat das Medium erkannt."



Aus ERIC's Filmexkursionen ergaben sich dann 1998 und 2000 die Graffiti-Videos „Hamburg Graffiti Film" und „Manche Mögens Bunt", für die ERIC jeweils über 100 Stunden Material filmte; ein Teil seines Materials wurde in „Hamburg Metall" weiterverarbeitet. Die Filmvorführungen im Herzen Hamburgs bleiben unübertroffen.

Aus den achtziger Jahren hat ERIC noch eine sehr vertretbare Fotosammlung, die bisher nur wenige zu Gesicht bekamen. So sind lediglich ein dutzend Fotos von ERIC veröffentlicht worden. Einige der wenigen Kostproben kann man sich im „HamburgCityGraffiti"-Buch ansehen, oder man war dieses Jahr bei seiner Ausstellung in der „Vicious Gallery" in Hamburg.

ERIC hat sich nie irgendwelche quantitativen Ziele gesetzt. Seine Aktivität geht konstant auf und ab, während Graffiti ein fester Bestandteil in seinem Leben bleibt. Auch wenn sich seine Betätigungsfelder mit dem Älterwerden verlagert haben: „Heute muss ich mir schon ab und an was verkneifen, denn damals waren wir jung und die Bullen durchschnittlich Mitte dreißig und nicht unbedingt die Trainiertesten, heutzutage sind die Polizisten Mitte zwanzig und gut trainiert. Und das ist schon ein Unterschied, wenn du selbst über dreißig bist. Ich kann aber auf eine lange Zeit zurückblicken, dadurch verändert sich für mich die Perspektive auf Graffiti, die Beteiligung daran oder auch die Betrachtung dessen. Vorstellen kann ich mir in Bezug auf Graffiti vieles."
Manchmal wünscht ERIC sich, er wäre bei legalen Bildern nur halb so engagiert wie bei den illegalen: „Viele leben davon, dass sie Auftragsarbeiten machen, und ich könnte auch mehr Geld gebrauchen – aber leider ist nie jemand dabei der sagt: Sprüh mir doch mal ‚Freiheit für Christian Klar' an die Wand."



Sein erster geschriebener Text wurde während einer Protest-Aktion vorm Wirtschaftsministerium in Berlin beschlagnahmt. Er war illegal vorgetragen worden. Überhaupt wirkt der Wahl-Hamburger Holger Burner nicht wie ein Durschnittsrapper. Er ist auf einer Mission. Ihm geht es um etwas, das anfangs im Hip-Hop sehr groß geschrieben wurde: Wissen weitergeben und aufklären. So macht sich der gebürtige Kasseler seit ein paar Jahren mit seinen Texten über Ungerechtigkeiten im Sozialstaat her und bildet so ein Gegengewicht zu sonst vorherrschenden Attitüden auf Hip-Hop-Bühnen. Dabei erfüllt Holger Burner hervorragend alle Klischees, die man über einen „Studentenrapper" haben kann. Alter Sweater, ausgelatschte Schuhe, Rucksack voll mit eigenen CDs und einer Handvoll Flyer über das Programm der „Sozialistischen Alternative". „Ja, ich bin Sozialist", bestätigt Holger Burner. „In diesem Land läuft viel Scheiße, das Geld, das viele Menschen erarbeiten, gehört hier nur einer kleinen Gruppe. Dagegen kämpfe ich."

+++ GelöbNix +++

Am 6.6. fand in MD ein öffentliches Gelöbnis der Bundeswehr auf dem Alten Markt von 19-20 Uhr statt. Regimente aus Delitzsch und Burg waren anwesend.

In Burg werden nach wie vor "Kriseninterventionsteams" ausgebildet. Diesen werden beispielsweise auf mögliche Afghanistaneinsätze vorbereitet.

AntimilitaristInnen störten kurz durch das Brüllen der Parole: "Deutsche Waffen-Deutsches Geld...morden mit in aller Welt" die Veranstaltung. Durch massives Eingreifen der Bullen und MPs wurde das Ausrollen eines Transpis verhindert. 8 Personen wurden kurzfristig in Gewahrsam genommen und erhielten Platzverweise.



Dieser Kampf gegen Systeme munterte ihn dazu auf, sich als Rapper zu versuchen. Angefixt bereits Anfang der neunziger Jahre wollte er „Hip-Hop nicht den Idioten überlassen, die nur Scheiße rappen, denn dafür hat er mir einfach zu viel gegeben". Auch die Möglichkeit, Leuten, die zuhören wollen, etwas Politisches mit auf den Weg zu geben, war einer der Beweggründe, das Rap-Ding irgendwann ernsthafter anzugehen.



Angefangen hat Holger Burner als Freestyler, diesem Zweig des Hip-Hop ist er bis heute treu geblieben: „Beim Geschichtenerzählen ist es leichter, den Menschen was mit auf den Weg zu geben." Und natürlich musste er als Linker oft mit Vorurteilen und Abfälligkeiten kämpfen, doch war es ihm immer nur wichtig, eine Message zu streuen: „Wenn ich bei einem Auftritt thematisiere, dass morgen eine Anti-Nazi-Demo ist und daraufhin die Leute da hingehen, habe ich auch die erreicht, die sonst keine Flugblätter lesen oder zu Demos gehen."



Einen gewissen Bekanntheitsgrad hat sich der Junge dadurch schon erarbeitet. Dabei setzt er vor allem auf Auftritte, um sich so nachhaltig etwas aufzubauen. Nicht zuletzt darum forderte er die Käufer seiner CD auf, diese ruhig zu brennen und zu verteilen, „dann baut sich von ganz alleine eine Fanbase auf, die dich trägt."

Fleißig üben! Vorlage zum Ausmalen...

Schluss mit der Kriminalisierung linker Strukturen! Einstellung der 129(a)-Er- mittlungen sofort!

Stellungnahme von Beschuldigten aus vier §129(a)- Verfahren und Unterstützer/innen

Im letzten Jahr wurden vier Ermittlungsverfahren wegen Terrorismus (§129a) gegen linke Aktivisten bekannt und sorgten für öffentliche Kritik an der Praxis der Ermittlungsbehörden. Unbemerkt von der Öffentlichkeit laufen alle vier Verfahren weiter und mit ihnen die Überwachungsmaßnahmen gegen insgesamt über 40 Beschuldigte. Obwohl die Richter am Bundesgerichtshof (BGH) bereits im November und Dezember 2007 zwei der Verfahren der Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft (BAW) entzogen und sie an die örtlichen Staatsanwaltschaften verwiesen, sind die Akten dort bisher nicht angekommen. In einem anderen Verfahren werden – möglicherweise entlastende – Ermittlungsergebnisse vom BKA nicht bekannt gegeben. Das Bekanntwerden von drei der Verfahren jährt sich morgen zum ersten Mal.

Am 9. Mai 2007 stürmten Beamte des Bundeskriminalamtes (BKA) 40 Wohnungen, Büros und Projekte von linken Aktivisten. Offizielle Begründung war die Suche nach einer terroristischen Vereinigung „Militante Kampagne zur Verhinderung des G8".

Die bundesweite Razzia war der Höhepunkt der Repression gegen soziale Bewegungen und linke Aktivisten im Vorfeld des G8-Gipfels im vergangenen Jahr in Heiligendamm. Betroffen von den Hausdurchsuchungen am 9. Mai waren auch drei Berliner, gegen die zu diesem Zeitpunkt bereits seit sieben Jahren ein Ermittlungsverfahren wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung („militante gruppe") geführt wurde.

Kurz nach diesen bundesweiten Durchsuchungen wurden im Juni Wohnungen von jungen Antifaschisten in Bad Oldesloe und Berlin durchsucht. Auch hier lautete der Vorwurf: Bildung einer terroristischen Vereinigung nach §129a StGB.



Ein weiteres Verfahren gegen angebliche Mitglieder der „militanten gruppe" (mg) führte am 31. Juli 2007 zu

Festnahmen. Die öffentlichen Proteste gegen die Inhaftierung von Dr. Andrej Holm hatten im Oktober 2007 die Aufhebung des Haftbefehls durch den BGH zur Folge. In einer weiteren Entscheidung verschonte der Bundesgerichtshof (BGH) die anderen drei Inhaftierten von der Untersuchungshaft und negierte die Anwendbarkeit des Terrorismusparagraphen §129a.

Alle vier Verfahren begannen als §129a -Ermittlungen wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. In mindestens zwei der vier Verfahren hat das Bundesamt für den Verfassungsschutz (BfV) die Ermittlungen unmittelbar angeregt und zum Teil gezielt gesteuert. In drei der vier Verfahren haben mittlerweile die Richter am BGH die Ermittlungsbehörden kritisiert, die Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft und des BKA in Frage gestellt sowie in allen Fällen die Anwendbarkeit des §129a StGB verneint.

Allen vier Verfahren ist gemein, dass in ihnen die strafprozessualen Überwachungsinstrumente über das rechtlich zulässige Maß hinaus angewandt wurden. Zum Teil wurden über viele Jahre Überwachungsmaßnahmen vom zuständigen Ermittlungsrichter regelmäßig verlängert, obwohl die Totalüberwachung keine Hinweise erbracht hat, die den Anfangsverdacht hätten bestätigen können. Gemäß der Logik: Wenn bei einem Verdächtigen keine Hinweise gefunden werden, die die Verdachtslage stützen, handelt er konspirativ, was den Verdacht erhärtet. In der Folge wurden immer mehr Überwachungs- und Ermittlungsmaßnahmen genehmigt, die immer stärker in die Privatsphäre der Beschuldigten eingriffen und weit in das Umfeld der Betroffenen hineinwirkten. Der absurde Höhepunkt dieser Logik war die zwangsweise Abnahme von Geruchsproben.

Das BKA und die Geheimdienste unterliegen keiner Kontrolle. Am Verlauf dieser vier Verfahren wird deutlich, dass weder die zuständigen Ermittlungsrichter noch parlamentarischen Kontrollgremien einen einschränkenden Einfluss auf die Sicherheitsbehörden haben. Wie die übermittelten Ermittlungsakten in diesen vier Verfahren zeigen, werden der Schutz des Kernbereichs der privaten Lebensführung, der Schutz von Berufsgeheimnisträgern und der richterliche Vorbehalt bei den BKA-Ermittlungen systematisch und umfangreich verletzt. Auch kann von der Trennung zwischen Polizei und Geheimdienst nicht mehr die Rede sein; vielmehr regt der VS das BKA zu Ermittlungen an und wirkt an diesen mit.

Die parlamentarischen Kontrollgremien und der Richtervorbehalt haben keinen Einfluss auf die Verfassungsschutzämter.
Das BKA darf keine Geheimdienstbefugnisse bekommen. Die Praktiken des BKA in diesen Verfahren sind wie ein Vorgriff auf das BKA-Gesetz.

Der Ausbau des BKA wird vorangetrieben, dem mit dem neuen BKA-Gesetz geheimdienstliche Tätigkeiten zugestanden werden sollen.
Die Totalüberwachung der linken Szene muss aufhören. Die §§129, a, b müssen abgeschafft werden. Die Durchsuchungen am 9. Mai dienten dem BKA nach eigenem Bekunden nicht der Aufklärung von Straftaten. Mit mehr als 40 Beschuldigten und etwa 2.000 von den Ermittlungen erfassten Personen wurde mittels der §129(a)-Verfahren eine flächendeckende Überwachung und Einschüchterung der linken Szene betrieben. Nach der derzeitigen Aktenlage ermöglichten mehr als 200 Überwachungsbeschlüsse des Ermittlungsrichters die Überwachung von insgesamt etwa 100 Telefonanschlüssen, 60 E-Mailadressen und die Videoüberwachung von mindestens 20 Wohnadressen. Mit mindestens 12 kleinen und 2 großen Lauschangriffen sowie 12 GPS-Peilsendern an Fahrzeugen wurden auch technische Überwachungsmittel massiv zum Einsatz gebracht.
Unabhängig von der konkreten Verdachtslage dienen solche §129(a)-Ermittlungen in erster Linie der Ausforschung linker Strukturen.

Wir fordern die sofortige Einstellung aller Ermittlungen nach §129(a) und die Abschaffung der Schnüffelparagrafen 129, a, b!

Beschuldigte aus vier §129 (a)-Verfahren und Unterstützer/innen,
08.05.2008



Politischer Schauprozess in Stammheim

Am 17. März 2008 begann in Stuttgart-Stammheim ein politischer Prozess nach §§129, 129a und 129b gegen 5 vermeintliche Mitglieder der Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front DHKP-C. Den Angeklagten Mustafa Atalay, Rechtsanwalt Ahmet Düzgün Yüksel, Ilhan Demirtas, Hasan Subasi und Devrim Güler wird vorgeworfen Waffen in die Türkei geschmuggelt, Gelder gesammelt und politische Aktivitäten für die in der Türkei kämpfende DHKP-C organisiert zu haben. Die Anklage bezieht sich dabei jedoch u.A. auf legale Aktivitäten, die in der BRD stattfanden, wie zum Beispiel das Sammeln von Geldern für die politischen Gefangenen in der Türkei.

Die Repressionswelle, Isolationshaft und der Gesundheitszustand von Mustafa Atalay

Die fünf Angeklagten wurden nach einer bundesweiten Repressionswelle, bei der 59 Objekte durchsucht und zahlreiche Gegenstände beschlagnahmt wurden, im November 2006 bzw. April 2007 verhaftet und anschließend in Isolationshaft gesperrt. Mustafa Atalay, der bereits 20 Jahre Haft in der Türkei hinter sich hat und dort massivst gefoltert wurde, war im Moment seiner Verhaftung in der Rehaklinik von Bad Bevensen in Behandlung, da er erst drei Wochen zuvor eine komplizierte Herzoperation über sich ergehen lassen musste.
Noch vor Ende seiner Behandlung wurde er von Beamten des BKA verhaftet und umgehend in eine Einzelzelle der JVA Hannover gesperrt. Die massive Isolationshaft, die international als Folter geächtet ist und der er seit seiner Inhaftierung ausgesetzt ist, und eine Unzahl von unmenschlichen Schikanen haben dazu geführt, dass die vor seiner Verhaftung im Rahmen der Operation gelegten Herzgefäße wieder verstopft sind und er an akuter Herzinfarktgefahr leidet.
Neben Mustafa Atalay sind auch die vier weiteren Angeklagten seit Beginn ihrer Haftzeit der Isolationshaft ausgesetzt. Im Rahmen der Isolationshaft wird der Briefverkehr zu FreundInnen und Angehörigen enorm erschwert, indem alle abgehenden und ankommenden Briefe einen Monat benötigen, bis sie die Adressaten erreichen.



Um die Schaffung von Öffentlichkeit zu vermeiden und eine Berichterstattung vom Prozess zu unterbinden, ist den ProzessbeobachterInnen, die intensive Leibesvisitationen und Durchsuchungen über sich ergehen lassen müssen, das Mitführen von Stift und Zettel untersagt.

Ein politischer Schauprozess in Stammheim und die Schaffung eines Präzedenzfalles

Stuttgart-Stammheim wurde sowohl durch das Isolationsgefängnis-Modell, welches nach ihrer Errichtung zum Exportschlager werden sollte, als auch durch die politischen Prozesse gegen die Mitglieder aus der Roten Armee Fraktion weltbekannt. Über 30 Jahre nach dem 18. Oktober 1977, wo insbesondere weite Teile der ausländischen Presse von der staatlichen Hinrichtung von RAF-Mitgliedern und der deutschen Lösung berichteten, findet in Stuttgart-Stammheim wieder ein politischer Prozess statt. Wie damals richtet sich dieser Schauprozess gegen eine Organisation, die gegen die bestehenden Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse Widerstand leistet. Kurze Zeit vor Beginn dieses Prozesses, der sich gegen vermeintliche Mitglieder der DHKP-C richtet, wurde der Senat nach 16 monatiger, willkürlicher Untersuchungshaft speziell für dieses Verfahren installiert. Ein Teil der Beweismittel stammt aus der Türkei, von der bekannt ist, dass die Erzwingung von Aussagen unter Folter zur gängigen Praxis gehört. Neben der deutschen Unterstützung für den Folterstaat Türkei ist der Staatsapparat der BRD darin bestrebt, den 2002 verabschiedeten Gesetzesparagraphen 129b mit diesem Prozess zu legitimieren, um somit ausländische politische Oppositionelle in der BRD kriminalisieren zu können.



Der §129b und internationale politische Verfolgung

Noch bevor der §129b, der die Mitgliedschaft und Unterstützung einer "ausländischen terroristischen Vereinigung" unter Strafe stellt, im April 2002 verabschiedet wurde, war ersichtlich, dass er einen Teil der deutschen Antwort auf den weltweiten "Kampf gegen den Terror" darstellen sollte. Der 11. September 2001 ermöglichte es den imperialistischen Staaten, die Repressionsapparate noch weiter auszubauen, sich noch mehr untereinander zu vernetzen und Daten auszutauschen. Die USA veröffentlichte im Rahmen der angeheizten Terrorhysterie umgehend eine "Schwarze Liste", auf der Personen und Organisationen aufgelistet sind, denen "Terrorismus" vorgeworfen wird. Diese Listen wurden daraufhin fast vollkommen von der EU übernommen. Auch wenn die Anschläge vom 11.9. offiziell islamistischen Kräften zugeordnet wurden, so befinden sich auf diesen "Schwarzen Listen" neben der 1998 in der BRD verbotenen DHKP-C hauptsächlich revolutionäre und nationale Befreiungsbewegungen. Es ist offensichtlich, dass die "Schwarzen Listen" und Anti-Terror-Gesetze wie die deutschen Versionen 129a/b politisch unliebsame Gruppen auf internationaler Ebene kriminalisieren und bekämpfen sollen.

Internationale Solidarität verteidigen!

Der DHKP-C Prozess ist kein Einzelfall. Er schafft den Präzedenzfall zur Verfolgung weiterer migrantischer linker Gruppen. Parallel läuft bereits ein weiteres Verfahren nach §129b gegen Personen, denen die Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung innerhalb der TKP/ML" vorgeworfen wird.

Die Anti-Terror-Paragraphen 129, 129a und 129b müssen im Rahmen des weltweiten Ausbeutungs- und Unterdrückungsfeldzuges gesehen werden, in dem der von den imperialistischen und neokolonialen Regimen geführte Krieg unser Recht auf Widerstand und unseren Kampf für eine bessere Gesellschaftsordnung zu kriminalisieren versucht. Allein diese Tatsache erfordert eine intensivere Beschäftigung mit der neuen Gesetzgebung und Politik, der er zugrunde liegt.

Neben den bestehenden Paragraphen strebt der Staat ihre Ausweitung an, so dass z.B. durch die zur Debatte stehenden Paragraphen 129c und d Einzelpersonen des "Terrorismus" bezichtigt werden können, ohne dass eine Vereinigung von drei Personen vorliegen muss, wie es der Fall bei den anderen 129-Paragraphen ist.

Die Repression, die heute gegen verschiedene Personen, Gruppen und Bewegungen stattfindet, muss als ein genereller Angriff verstanden werden. In diesem Sinne ist ein gemeinsamer Kampf gegen die staatlichen Angriffe notwendig.



In diesem Licht betrachtet wird die Bedeutung des §129b noch deutlicher: Er wird nicht nur migrantische Oppositionelle betreffen, sondern kann auch zukünftig verwendet werden, um politische internationalistische Arbeit zu kriminalisieren.

Zusammen kämpfen

Die Paragraphen 129, 129a und 129b können nicht voneinander losgetrennt betrachtet werden. Alle erfüllen den Zweck Personen, Gruppen und Bewegungen, die im Widerspruch zum bestehenden System der Ausbeutung und Unterdrückung stehen, anhand von Ermittlungen durchleuchten und kriminalisieren zu können. Es ist kein juristisches, sondern ein politisches Instrument.

Aus Anlass der Repression, die uns alle betrifft, sind Aktionen und Aktivitäten in Planung.
Es ist wichtig gemeinsam Widerstand zu leisten und notwendig sich mit den Betroffenen zu solidarisieren!

Solidarität ist eine Waffe!
Weg mit den Paragraphen 129, 129a, 129b und allen anderen Terrorparagraphen!

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Komitee gegen §§129
no129.info

Verhaftung von linken AktivistInnen in Frankreich und Belgien

Anfang Juni wurden 5 FreundInnen und GenossInnen in Brüssel und Paris verhaftet. Eine davon ist inzwischen wieder auf freien Fuß! Alle sind jahr(zehnt)elange Aktivisten in der proletarisch-revolutionären Bewegung und wirken teilweise am momentanen Aufbau der Roten Hilfe International mit.

2 der Festgenommen sind ehemalige Mitglieder der belgischen Stadtguerilla CCC (Kämpfende Kommunistischen Zellen), Pierre Carette und Bertrand Sassoye, die über 15 Jahre unter Isolationshaftbedingungen weggesperrt waren. Bertrand war auch mehrere Male in der BRD, wo er u.a. auf Veranstaltungen in Berlin und Hamburg, die von uns mitorganisiert wurden, über die Geschichte seiner Organisation berichtete.

Eingeschüchtert, diffamiert und kriminalisiert werden sollen auch hier jene ehemalige Gefangene aus bewaffneten Gruppen, welche ihre Geschichte verteidigen und somit an ihrem Ziel einer kommunistischen Gesellschaft festhalten, wie z.B. ehemalige Militante aus der RAF und der Bewegung 2.Juni.

Wir betrachten den Repressionsschlag vom 5.Juni als einen erneuten Versuch der Internationalisierung revolutionärer Gefangenenarbeit entgegen zu wirken. Die betroffenen Genossen sind unsere Genossen. Wir fordern alle linken Kräfte auf, massive Aktivitäten für eine sofortige Freilassung der Companeros zu entfalten, sowie die Gefangenen auf allen Ebenen zu unterstützen!

Proletarisch - revolutionären Internationalismus stärken!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!

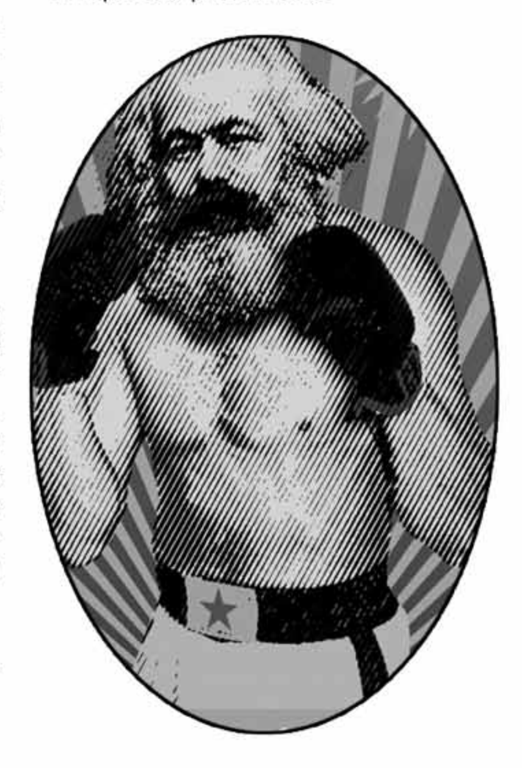
Pierre CARETTE
Prison de Forest
Avenue de la Jonction, 52
1190 Bruxelles

Bertrand SASSOYE
Prison de Forest
Avenue de la Jonction 52
1190 Bruxelles

Wahoub FAYOUMI
Prison de Berkendael
Rue de Berkendael 44
1190 Bruxelles

Constant HORMANS
Prison de Saint-Gilles
Avenue Ducpétiaux 106
1060 Bruxelles

www.political-prisoners.net



G8 Gipfel 2008 in Japan und die Repression im Vorfeld

Im Vorfeld des diesjährigen G8-Gipfels, der vom 7. bis 9. Juli auf der japanischen Nordinsel Hokkaido stattfinden soll, hat die japanische Polizei bislang mehr als 40 AktivistInnen aus gewerkschaftlichen, sozialen und anarchistischen Gruppen verhaftet oder vorübergeghend festgenommen. Einige von ihnen sollen offensichtlich bis zum Ende des Gipfels inhaftiert bleiben. Bei anderen scheint die Strategie der Polizei mehr auf Einschüchterung angesichts der "heißen Phase" der Proteste zu liegen, die diese Woche aus Anlass der ersten Vortreffen von Diplomaten und Bürokraten beginnen sollen.

FESTNAHMEN UND DURCHSUCHUNGEN

Zu den Festgenommenen gehört Kin, ein Aktivist der »Kamagasaki Patrol«. Er wurde am 12. Juni festgenommen und stand seit längerem unter permanenter Beobachtung der Polizei. Freunde gehen davon aus, dass er bis zum Ende des Gipfels in Haft bleiben wird.

Am 10. Juni überfielen knapp 20 Polizisten der Abteilung für »Öffentliche Sicherheit« in Kyoto ein Gewerkschaftsbüro in Rakunan. Das Büro wurde durchsucht, zwei Gewerkschaftsmitglieder festgenommen. Das Lokal dient als Treffpunkt der »Rakunan Union«, des »Independent Workers Network« (Jiritsu Rooren) und der Aktionsgruppe »Asia Kyodokodo«. Im Verlauf der mehrstündigen Durchsuchung stellte die Polizei u.a. eine Liste der Gewerkschaftsmitglieder und die Zahlungsbelege über Gewerkschaftsbeiträge sicher. Zeitgleich wurde die Wohnung eines Gewerkschaftsaktivisten überfallen, gegen den extra ein Haftbefehl wegen eines vier Jahre



zurückliegenden angeblichen "unberechtigten Bezugs von Arbeitslosengeld" ausgestellt worden war.

Bereits am 29. Mai waren 38 Leute verhaftet worden, die an einer Versammlung gegen den G8 teilgenommen hatten, die an der Hosei Universität in Toyko stattgefunden hatte.

In der ersten Juniwoche nahm die Polizei Tabi Rounin fest, einen bekannten libertären Aktivisten und Blogger. Auch ihm wurde zunächst signalisiert, dass man ihn nicht vor Ende des Gipfels freilassen würde. Als AktivistInnen seinen Fall international öffentlich machten und die Behörden mit Protesten überschüttet wurden, ließ die Polizei Tabi überraschender Weise am 13. Juni frei.

AUSEINANDERSETZUNGEN IN OSAKA

In Nishinari, einem Stadtteil von Osaka, kam es stundenlangen Protesten vor einer Polizeistation nachdem ein Gewerkschaftsmitglied zuvor in einem Einkaufszentrum festgenommen worden war. Als Berichte die Runde machten, wonach er auf der Wache wiederholt von

mehreren Polizisten ins Gesicht geschlagen, getreten und kopfunter aufgehängt worden sei, zogen mehr als 300 KollegInnen vor die Wache und verlangten, der Polizeichef solle herauskommen und sich entschuldigen. Im weiteren Verlauf der Proteste und nachdem weitere Detais der Polizeibrutalitäten bekannt geworden waren, verlangten die aufgebrachten ArbeiterInnen auch lautstark die Entlassug der vier beteiligten Polizisten.

Die Proteste gingen erst gegen Mitternacht zu Ende, nachdem insgesamt 35 Transporter mit Aufstandsbekämpfungseinheiten angerückt waren, die sich offensichtlich darauf vorbereiteten, die protestierenden Arbeiter anzugreifen. Am nächsten Tag zogen erneut viele Menschen vor die Wache. Offensichtlich aufgrund der anwesenden Presse und aus Sorge vor internationaler Aufmerksamkeit im Vorfeld des G8-Gipfels verzichtete die Polizei auf zunächst auf einen Angriff und verschanzte sich in der festungsartig ausgebauten Polizeistation.

DER LANGE ARM DER REPRESSION

Repression gegen soziale und gewerkschaftliche AktivistInnen hat in Japan eine lange Geschichte. Häufig spielt sie sich eher im Verborgenen ab. Demonstrationen sind in Japan eher selten und gelten bei vielen als unschicklich und geradezu obszön. Deshalb kommt es recht selten zu Fällen offensichtlicher polizeilicher Straßenbrutalität gegen DemonstrantInnen, ausgeschlossen ist sie aber nicht. So wurden in den letzten Jahren die Mayday-Umzüge der Prekären-Gewerkschaft »Allgemeinen Freeters Union« (Freeter Zenpan Roso) wiederholt von der Polizei attackiert.



Viel häufiger findet Repression jedoch meist unbemerkt von der Öffentlichkeit statt.

AktistInnen werden mit "Hausbesuchen" oder Ermittlungsverfahren mit oftmals konstruierten Vorwänden unter Druck gesetzt. Bereits in den 80er Jahren wurden beispielsweise die Mitglieder der kleinen anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft Rôdôsho Rentai Undô (RRU) teilweise rund um die Uhr von der Polizei überwacht. Ausländische BesucherInnen wurde gewarnt, dass Treffen mit Mitgliedern der RRU zur Ausweisung und zur Erteilung eines permanenten Einreiseverbots führen könnten.

:::TERMINE:::

28.06.08 / 14 Uhr

Kinderfest und Streetballbattle am Heizhaus
abends Hip Hop Konzert mit MC Tapete, VNA feat. Luke27, Conexion Musical

05.07.08 / 14 Uhr

“Weg mit den Paragraphen 129, 129a und 129 b!“
Demonstration in Stuttgart: zwecks Mitfahrgelegenheit bitte im Infoladen nachfragen

18.07.08 / 20 Uhr

Konzert im Heizhaus mit Brutal Polka (Hardcore Pop Punkrock aus Israel) + Support

30.08.08

Infoveranstaltung am bundesweiten Aktionstag gegen Abschiebungen.
Ein Referent spricht im Infoladen über Menschen ohne Papiere und das “Ausreisezentrum“ Halberstadt

achtet auf weitere Ankündigungen !

Restliche Termine der Kampagne von der A.L.M.

ANTIKAPITALISMUS KAMPAGNE IN MAGDEBURG

ARMUT TROTZ WOHLSTAND

12.7. 2008 | 14.30 - 18.00 Uhr | Kundgebung/Stadtteilfest auf dem Thiemplatz | Magdeburg Buckau mit kulturellem Programm, Infotisch, Kinderprogramm

Konzert | 12.07.2008 | 21.00 Uhr | HOT | Karl-Schmidt Straße | Magdeburg Buckau mit Zellfisch u.a.

Infoveranstaltung | 17.07.2008 | 18.00 Uhr | BUND | Olvenstedter Straße | Magdeburg Stadtfeld zum Thema Kapitalismus

Kundgebung | 19.07.2008 | 15.00 Uhr | Neustädter Platz | Magdeburg Nord mit kulturellem Programm und Infotisch

Regelmäßige Termine:

- Heizhaus
  ... jeden Dienstag, 12- 15 Uhr: Großes Frühstück
  ... jeden Donnerstag, ca. 17 Uhr: Vokü (u.a. vegetarisch)
- Thiembuktu
  ...jeden Freitag, ca.19 Uhr: Vokü
- Öffnungszeiten Umsonstladen LirumLarum
  ...Montag 15-18 Freitag 13 - 17 Uhr
- Öffnungszeiten Infoladen
  ... Mittwoch (mit Vokü) und Freitag jeweils 16 - 19 Uhr
  ... jeden 1. Dienstag im Monat: offenes Antifa- Café

:::ADRESSEN:::

Politische Gruppen und Initiativen:

zusammen kämpfen
c/o Soziales Zentrum, A.- Puschkinstr. 20, 39108 MD
www.zusammen-kaempfen.org // info@zusammen-kaempfen.org

Gruppe Internationale Solidarität [Magdeb.]
www.intersol-md.org

Autonome Antifa Magdeburg (AAMD)
www.AAMD.de.md

Autonome Linke Magdeburg [A.L.M.]
www.autonomer-widerstand.org //
autonomelinkemd@web.de

www.woman-voice.de.md // fightsexismMD@web.de

KPD/ ML
39034 Magdeburg
Postfach 351102
www.kpd-md.net

DKP
www.dkp-nordharz.de

KPD Ost
http://freenet-homepage.de/kpd-sachsen-anhalt/

Freiraumgruppe Magdeburg
www.freiraumgruppe.de.md

Bürgerinitiative Montagsdemo
www.montags-auf-die-strasse.de

Veranstaltungsorte etc.:

Infoladen Magdeburg
[Soziales Zentrum]
A.- Puschkin- Str. 20, 39108 Magdeb.
www.infoladen.linke-gruppen-magdeburg.net

KJFE Heizhaus
Harsdorferstr. 33b, 39108 Magdeb.

KJFE Knast
Umfassungsstr. 76, Magdeburg

Hallenhausen
An der Steinkuhle 21, 39128 MD

Umsonstladen LirumLarum
Brandenburger Str. 9 (Hinterhof)
39104 MD

Blaue Welt Archiv // Thiembuktu
Thiemstr. 13, 39104 MD

Eine Welt Haus
Schellingstr. 3- 4, 39104 MD

Kurdisch- Deutscher Kulturverein
Keplerstr. 4a, 39104 MD

Frauenzentum Courage
Karl- Schmidt- Str. 56, 39104 MD



Kontakt zur Redaktion der Rabatz: **md_info@web.de**

infoladen

A.- Puschkin- Str./ Ecke Steinigstr., Magdeburg- Stadtfeld

Hier könnt ihr regelmässig kleine Info- und Diskussionsveranstaltungen zu verschiedenen Themen, Buchvorstellungen, Filmabende und kulturelle Aktivitäten (Volksküchen, Parties etc.) besuchen und auch selbst organisieren. Des Weiteren steht ein Raum mit linker Literatur und anderen Infomaterialien zur Verfügung.....

Öffnungszeiten:

* mittwochs | 16 bis 19 Uhr | mit Vokü
* freitags | 15 bis 19 Uhr
* jeden 1. Dienstag im Monat | 16 bis 19 Uhr | offenes Antifa- Café

Infos und Kontakt:
www.infoladen.linke-gruppen-magdeburg.net / infoladen_md@gmx.de

Postanschrift: Soziales Zentrum, A.- Puschkin- Str. 20, 39108 Magdeburg

V.i.S.d.P.: Ulrike Meinhof, Große Diesdorfer Str. 15,
39108 Magdeburg

Die Rabatz versteht sich als Plattform für Information und Diskussion. Kommentare und Meinungen sind in der Redaktion immer willkommen. Vorschläge und Skripts werden in jedem Fall in der Redaktion diskutiert.

Schickt uns eure Beiträge, Artikel, Layout, Fanpost o.ä. per mail an: md_info@web.de
Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder geben.

Rabatz per Post: Wir verschicken die aktuellen Ausgaben auch. (mail an md_info@web.de)
Porto muss der Empfänger bezahlen.

Redaktionsschluß für die 8. Ausgabe: 15. September 2008